

Parteien und Parteipolitik: Fakten und Erklärungsansätze

Gerald Pech, American University in Bulgaria, Blagoevgrad

„Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit.“ (Artikel 21 GG)

1 Einleitung

Parteien spielen in der politischen Organisation demokratischer Gemeinwesen eine zentrale Rolle. Im deutschen Grundgesetz wird ihnen eine Funktion zugewiesen, die häufig mit dem Begriff des Transmissionsriemens gleichgesetzt wird. In diesem Bild ist der Wille des Volkes und der Standpunkt der Parteien miteinander verzahnt: Parteien aggregieren die Präferenzen der Bürger und gleichzeitig formen oder zumindest informieren sie diese Präferenzen. Dabei wird hier eine politische Theorie unterstellt, die sich kaum mit dem (ökonomischen) Grundmodell der Parteiendemokratie deckt: Das Downs'sche Politikmodell sagt schlicht die „Diktatur des Medianwählers“ voraus. Dies ist natürlich als positive Aussage zu verstehen. Da der Medianwähler endogen bestimmt ist, ist eine Social-Choice-Funktion, die entsprechend der Medianwählerpräferenz entscheidet nicht diktatorisch zu nennen. Nichtsdestotrotz wäre die Aggregationsfunktion der Parteien in diesem Fall jedoch äußerst simpel und ihre Informationsfunktion irrelevant. Zudem würde die Erfüllung der Aggregationsfunktion keine Parteien im üblichen Sinn als Personenmehrheiten voraussetzen, sondern lediglich zwei Kandidaten, die im Mehrheitswahlsystem gegeneinander antreten. In Erweiterungen des Downs'schen Politikmodells läßt sich die Funktion von Parteien häufig auf die Position einzelner Kandidaten reduzieren, selbst wenn sie im technischen Sinne, etwa bei Mehrheitswahl in mehreren Bezirken oder bei Verhältniswahl mit Parteilisten, als Personenmehrheiten zu aufzufassen sind. Während solch ein Vorgehen etwa für einen ersten Ansatz einer vergleichenden Analyse von Wahlsystemen eine sinnvolle Abstraktion darstellen mag, läßt es doch möglicherweise entscheidende Funktionen von Parteien unberücksichtigt.

Das Downs'sche Politikmodell geht von der Annahme aus, daß Politiker, die „Parteien“ leiten ganz und gar unvollkommene Agenten der Bürger sind, die sie vorgeblich repräsentieren. Politiker streben nach dem Amt als solchem, nicht um bestimmte Politiken durchzusetzen. Politische Programme werden ausschließlich formuliert, um Wahlen zu gewinnen (Downs, 1957, S. 28). John E. Roemer (1997) hat diesen Ansatz als historisch gesehen unsinnigen Ausgangspunkt der Analyse bezeichnet, weil das Prinzipal-Agent-Problem zum Angelpunkt gemacht werde. Historisch seien Parteien aber als Organisationen von bestimmten Interessensgruppen gebildet worden. Prinzipal-Agenten-Probleme müßten daher als erschwerende Bedingung für im Grunde ideologisch geprägte Organisationen verstanden werden. In der Tat werden wir sehen, daß mit dem Interessensgruppenansatz viele Probleme des Downs'schen Ansatz umgangen werden. Dennoch werden wir hier den Downs'schen Ansatz zum Ausgangspunkt unserer Analyse machen und uns fragen, an welchen Stellen Interessensgruppen in die Analyse eintreten müssen.

Der Grund für dieses Vorgehen ist, daß die ökonomische Betrachtung zunächst auf Gleichgewichtszustände gerichtet ist und das Downs'sche Postulat von solch einem Gleichgewichtszustand ausgeht. Wie Cay Folkers stets betonte, ist dieses in der Tat das politische Analogon zur Profitmaximierung auf Märkten für private Güter. Die politische Domäne ist die Bereitstellung öffentlicher Güter und die Umverteilung. Und auch wenn politische Amtsinhaber selbst öffentliche Güter konsumieren oder von generellen Umverteilungsmaßnahmen betroffen sind, so dürfte der Beitrag solcher Maßnahmen auf die

eigene Nutzenerfüllung im Verhältnis zum Nutzenbeitrag des Amtes und des damit verbundenen Prestiges und Einkommens recht gering sein. Man könnte noch einwenden, daß für in professionelle Strukturen eingebundene Akteure das ökonomische Nutzenmaximierungskalkül möglicherweise hinter der Verfolgung von Interessen der Organisation zurücktrete (vgl. für solche Ansätze Simon, 1991). Aber selbst solch eine alternative Sichtweise würde zu kurz greifen, weil die Organisation – die Partei – und ihre Zielsetzungen erst noch abzuleiten wäre. Man kommt somit nicht umhin, die Vereinbarkeit der Verfolgung ideologischer Ziele mit der Gleichgewichtsannahme nachzuweisen.

Zumindest im Fall von Sicherheit über die Mehrheitswählerposition scheint die Tendenz zum Gleichgewicht der Verfolgung solcher Zielsetzungen zu widersprechen. So sind von zwei Kandidaten die Erfolgchancen desjenigen, der das Medianwählerprogramm unter Verzicht auf Realisation eigener Vorteile anbieten kann stets größer.¹ So daß der politische Prozess nicht nur die Konvergenz von Programmen zum Mehrheitswähler sondern auch die Erosion von politischen Renten mit sich bringt (Wittman, 1983). Damit führt das Downs'sche Gleichgewichtspostulat allerdings zu einem ähnlichen Widerspruch wie er von Stiglitz/Rothschild für das Postulat vollkommener Konkurrenz auf Kapitalmärkten proklamiert wurde: Gleichgewicht auf Märkten wird üblicherweise so verstanden, daß sich Arbitrage nicht lohnt. Wenn, aber keine Arbitragemöglichkeiten bestehen, lohnt es sich für niemanden, in die Entdeckung von solchen Möglichkeiten zu investieren. Womit es keinen Grund gäbe, daß sich ein Gleichgewicht ohne Arbitragemöglichkeiten einstellen sollte. Die Stabilität des Gleichgewichts erfordert damit, daß ein gewisses Ungleichgewicht in Form von Arbitragemöglichkeiten selbst in anderweitig vollkommenen – politischen und privaten – Märkten besteht.

Das Downs'sche Modell ist, selbst wenn es als analytischer Ausgangspunkt geeignet ist, unzufriedenstellend, weil es offensichtliche empirische Regelmäßigkeiten nicht erklären kann. Die Beobachtbarkeit der Divergenz von Politikpositionen ist solch ein Phänomen. Erklärungsansätze, die eine ideologische Differenzierung zulassen stehen daher am Beginn der Entwicklung einer Theorie der Rolle politischer Parteien. Der Ansatzpunkt solcher Theorien knüpft einerseits am Wahlverhalten oder der Verfügbarkeit vollständiger Information über Wahlverhalten an. Ideologische Differenzierung kann auch dann erklärt werden, wenn mehr als zwei Kandidaten zur Wahl stehen und braucht nicht mit einer ideologischen Zielsetzung der Kandidaten einhergehen. Das Ergebnis hängt hier gleichzeitig vom unterstellten Wahlverhalten, vom Wahlsystem und mittelbar von der Anzahl der Parteien ab, die unter den vorgenannten Bedingungen die Wahl unter sich entscheiden.

In all diesen Fällen setzt die Festlegung einer Politikposition nicht notwendigerweise Parteien im üblichen Sinne als Personenmehrheiten voraus. Selbst ideologische Differenzierung bietet deshalb noch keine Erklärung der Existenz von Parteien. Gründe, warum Parteien eine Rolle spielen können hängen entweder mit der Möglichkeit von nutzensteigernden Austauschbeziehungen zwischen den Parteimitgliedern oder mit der Aufhebung der Selbstbindungs-Annahme zusammen. Wenn sich Kandidaten nicht auf beliebige Politikpositionen festlegen können, wird die Kandidatenauswahl entscheidend. Innere Entscheidungsstrukturen von Parteien können zudem erklären, daß sich Parteien in unterschiedlichen Wahlsystemen unterschiedlich – und im Einklang mit stilisierten Fakten – verhalten.

¹ Dieses Argument ist noch im institutionenfreien Raum angesiedelt. Sobald wir Wahlen in Primaries, wie von Osborne und Owen/Grofman unterstellt, hinzunehmen können wir in der Tat Divergenz nachweisen.

Im folgenden wird zunächst ein Überblick über Fakten und empirische Befunde gegeben. Wir interessieren uns für stilisierte Befunde zur inneren Struktur von Parteien, zu den beobachteten Kandidatenpositionen in Systemen in denen vorwiegend zwei Parteien konkurrieren, zur Anzahl von Parteien in unterschiedlichen Systemen und zu unterschiedlichen Politikrealisationen in unterschiedlichen Systemen. Im nachfolgenden Abschnitt referieren wir über Erklärungsansätze. Abschnitt 3.1 behandelt Varianten des Zwei-Kandidaten-Modells und fokussiert auf deren Beitrag zur Erklärung von Divergenz oder Konvergenz. Abschnitt 3.2 führt Mehr-Kandidaten-Modelle ein. Abschnitt 3.3 führt Erklärungsansätze zur Anzahl von Parteien an. Abschnitt 3.4 diskutiert Wirkungen der Parteistruktur. Abschnitt 3.5 behandelt Ansätze zur Erklärung der Parteistruktur aus deren Wirkungen im politischen Gleichgewichts ab. Abschnitt 4 schließt den Artikel ab.

2 Fakten und empirische Befunde

2.1 Die innere Struktur von Parteien

In der Regel existieren Parteien als komplexe Organisationen die unterschiedliche Interessengruppen verbinden. Beispiele für Parteien, als reine Stimmenbeschaffungsorganisation für den Parteiführer beschränken sich auf solche Gemeinwesen in denen Parteiendemokratie keine Tradition hat, wie zum Beispiel Rußland. In der Regel bestehen Parteien aus unterschiedlichen Fraktionen oder Flügeln. Dies zeigt sich nicht nur im innerparteilichen Machtkampf sondern auch in Prozessen der Parteidissoziation und Neuformung. So entstanden die britischen Sozialdemokraten aus einer Abspaltung des rechten Flügels der Labour Party. Während später die liberaldemokratische Partei aus einer Vereinigung eines sozialdemokratischen mit einem liberalen Element entstand.

Przeworski/Sprague (1986) beschreiben die Entwicklung der Sozialdemokratie in Europa im Konflikt zwischen militanten und reformistischen Bestrebungen. Inwieweit Fraktionalisierung selbst politikrelevant ist, ist empirisch nicht einwandfrei zu klären. So berichten Laver/Shepsle (1994, S.9f), daß für Kabinettsmitglieder in Koalitionsregierungen deren Parteienaffiliation die eingenommene Politikposition bestimmt. Fraktionszugehörigkeit innerhalb einer Partei scheint dagegen keinen Einfluß zu haben. Solch ein beobachtetes Verhalten muß aber nicht auf die Irrelevanz von Fraktionen zurückzuführen sein sondern kann ebenso an der Wirksamkeit innerparteilicher Entscheidungsmechanismen liegen.

2.2 Die Anzahl von Parteien

Dem Down'schen Modell liegt der Wettbewerb zwischen zwei Parteien zugrunde. Tatsächlich ist das Parteiensystem jedoch meist komplexer. Von Interesse ist, welche Umstände Einfluß auf die Struktur des Parteiensystems haben. Das seit Riker (1982) oft als „einzig generelles Gesetz“ der Politikwissenschaft bezeichnete Gesetz von Duverger besagt, daß es in Systemen mit Mehrheitswahl langfristig zur Ausbildung eines Zweiparteiensystems kommt. Während die Anzahl der politischen Parteien in Mehrheitswahlsystemen dazu tendiert, geringer zu sein als in Systemen mit Verhältniswahlen, so kommt es häufig zum Wettbewerb von mehr als zwei Parteien.

Zur Ermittlung einer Maßzahl für die Wettbewerbssituation in unterschiedlichen Gemeinwesen wird auf die „effektive Anzahl der Parteien“ zurückgegriffen.² Dieses Maß bestimmt sich als Kehrwert des Herfindahlindex, eines Konzentrationsmaßes das der Summe der quadrierten Stimmenanteile $H = \sum_i (\pi^i)^2$ entspricht. Die Effektive Anzahl der Parteien ist $N = 1/H$. Im Falle zweier Parteien mit gleich hohen Stimmenanteilen liefert N den Wert zwei. Verfügen diese über ungleiche Stimmenanteile, ist der Wert geringer. Mehrheitswahlssysteme führen in der Regel zu einer geringeren Anzahl effektiver Parteien als Verhältniswahlssysteme (vgl. Leijphart, 1999, S. 213), allerdings ist dieser Wert in entwickelten Demokratien fast immer größer als zwei.

Mit einem Wert für N von mehr als drei weist Frankreich eine größere Anzahl effektiver Parteien auf als einige Gemeinwesen mit Verhältniswahlrecht. Frankreich ging 1958 vom reinen Verhältniswahlrecht zu einem gemischten Wahlsystem mit parlamentarischer Mehrheitswahl und direkter Wahl des Präsidenten über. Dabei handelt es sich in beiden Wahlen um kein reines Mehrheitswahlssystem. Vielmehr kommt ein mehrstufiges Wahlverfahren zur Anwendung (siehe z.B. Lijphard, 1999). Geschichtliche Entwicklung und politische Tradition dürften zudem erheblichen Einfluß auf die Eigenschaften des politischen Systems haben. Für Frankreich läßt sich allerdings eine abgeschwächte Hypothese über den Einfluß des Wahlsystem auf die Zahl der Parteien belegen. Demnach sollte im Falle eines Übergangs von Verhältniswahl zu Mehrheitswahl die Konzentration steigen und entsprechend die effektive Anzahl politischer Parteien sinken sollte. Koford/Heckert (1987) zeigen für zwei Konzentrationsmaße – dem Herfindahlindex und dem Stimmengewicht der beiden größten Parteien – daß die Konzentration zunimmt.

Großbritannien hat ein Mehrheitswahlssystem für nationale Wahlen, verfügt aber mit Labour, Liberaldemokraten und Konservativen über drei nationale und dazu über mehrere regional bedeutende Parteien. Das Wahlsystem seit dem zweiten Weltkrieg führt allerdings regelmäßig zur Unterrepräsentation der Liberaldemokraten. Deren Sitzanteil/Stimmenanteilsverhältnis schwankt zwischen 10% und 40% und wächst unterproportional im Stimmenanteil (siehe Roberts, 1987). Die Liberaldemokraten werden typischerweise als Partei der Council-Regierungen mit vor allem regionaler Bedeutung betrachtet so daß die nationale Unterstützung zum Teil auf die Bindung auf lokaler Ebene zurückgeführt werden kann. Koford/Heckert (1987, S. 372) stellen hierzu fest, daß die politische Kultur einer Gesellschaft auch solche Parteien aufrechterhalten kann, denen die Wahlregeln schlechte Erfolgsaussichten bringen. Die Einführung von Verhältniswahlssystemen auf regionaler Ebene und für Wahlen zum Europäischen Parlament hat diese Regelmäßigkeit verstärkt. Während Leijpart (1999) für Großbritannien bei Wahlen zum nationalen Parlament 2.2 effektive Parteien ermittelt, zeigt Dunleavy (2005), daß in Wahlen in der britischen Median-Region 5.3 effektive Parteien zum Zuge kommen.

Die USA, als klassisches Beispiel der Zweiparteiendemokratie, wird zwar durch die Konkurrenz zweier großer Parteien geprägt. Allerdings werden diese eher als lose Föderation regionaler (bundesstaatlicher) Parteien verstanden (Poole/Rosenthal, 1987). Bei Präsidentenwahlen spielen Unabhängige häufig eine Rolle, insbesondere indem sie die Unterstützung eines Lagers spalten.

² Zur Konstruktion und zu Problemen des Indexes siehe auch Dunleavy, 2003.

2.3 Politikrealisationen im Zwei- und Mehrparteiensystem

Ein erheblicher Teil empirischer Untersuchungen richtet sich auf Parteiprogramme. Zu nennen ist hier etwa das Manifesto-Projekt (siehe Woldendorp, Keman, Budge, 1993).³ In Bezug auf die Bundesrepublik Deutschland zeigt etwa Tangian (2006) für den Bundestagswahlkampf 2005, daß Parteien unterschiedliche Positionen beziehen und daß in Parteiprogrammen die Ziele unterschiedlicher Interessengruppen verwirklicht sind.

Anhand von Experteneinschätzungen entlang eines Links-Rechts-Schemas analysiert Powell (2000) Wahlen in sechzehn Demokratien in denen die mögliche zukünftige Regierung identifizierbar ist. Fast durchweg weichen beide Wettbewerber erheblich von der Medianwählerposition ab.

Wie wir gesehen haben, tendieren Systeme mit Verhältniswahlen durch Mehrparteiensysteme gekennzeichnet zu sein. Einen grundlegenden und überraschenden Befund zur Unterschiedlichkeit von Politikrealisationen in unterschiedlichen Wahlsystemen stammt von Huber/Powell (1994). Demnach sind realisierte Politikergebnisse im Verhältniswahlsystemen näher am Idealpunkt des Medianwählers, als Politikrealisationen in Mehrheitswahlsystemen. Birchfeld/Crepaz (1998) zeigen, daß Politiken in Verhältniswahlsystemen durch mehr Redistribution gekennzeichnet sind. Sowohl Powell als auch Birchfeld/Crepaz führen ihre Resultate auf die Besonderheit politischer Strukturen im Verhältniswahlsystem zurück. Powell (2000) erklärt, daß der Medianwähler durch einen mehrstufigen politischen Prozess repräsentiert werde. Birchfeld/Crepaz sehen in Verhältniswahlsystemen mehr Politikbewahrende Tendenzen durch kollektive Vetopunkte: In solchen Systemen müßten tendenziell mehr politische Agenten einer Veränderung zustimmen.⁴

3 Erklärungsansätze

3.1 Konvergenz und ideologische Differenzierung im Zwei-Kandidaten-Modell

Das Downs'sche Grundmodell geht von zwei Politikern aus, die ausschließlich am Wahlerfolg interessiert sind. Diese Kandidaten können bindende Versprechen über Politikrealisationen im eindimensionalen Politikraum abgeben. Wähler realisieren einen Politiknutzen der mit zunehmendem Abstand zwischen ihrem eigenen Idealpunkt im Politikraum und der Politikrealisation abnimmt. Wähler beteiligen sich an Wahlen und wählen so, daß sie ihren Nutzen maximieren. Das heißt, ein Wähler wählt denjenigen Kandidaten dessen Politikposition die geringste Distanz vom eigenen Idealpunkt aufweist. Wähler und Kandidaten sind über die Verhaltensparameter aller anderen vollständig informiert. Unter diesen Grundvoraussetzungen gilt das Medianwählertheorem: Beide Kandidaten legen sich darauf fest, die bevorzugte Position des Medianwählers zu realisieren.

Solange das Wahlverhalten durch das Distanzmotiv beschrieben ist und die Kandidaten mit Sicherheit die Entscheidung der Wähler prognostizieren können, ist das Modell gegen Störungen, etwa in der Motivation der Politiker immun: Ideologisch motivierte Politiker, d.h.

³ Die Bedeutung von Parteiprogrammen für verwirklichte Politik läßt sich selbst in Frage stellen. Budge/Klingemann/Hoffebert (1993) finden, daß Parteien überwiegend ihre Parteiprogramme einhalten. Dagegen berichten Royed/Borelli (2002) von einer Erfüllung von Programmen von zwischen 50% in den US bis zu 80% in Großbritannien.

⁴ Eine theoretische Fundierung solcher Überlegungen – für gegebene Positionen politischer Akteure – liefert Tsebelis (1995).

Politiker die die Wahl gewinnen wollen weil sie die Durchsetzung bevorzugter Politiken anstreben, können keinen anderen Punkt als die Medianwählerposition m anbieten sofern sie Positionen auf unterschiedlichen Seiten des Medianpunktes bevorzugen (siehe Calvert, 1985). Nehmen wir an, diese Idealpunkte seien $x^L < m < x^R$. Jeder Kandidat wäre stets zu einem kleinen Kompromiß in bezug auf seinen Idealpunkt bereit, wenn er damit seine Wahlchancen substantiell erhöhen könnte. Würde ein Kandidat eine Position $p^L \neq m$ anbieten, so könnte der andere den Wahlsieg dadurch sicherstellen, daß er p^R näher an m anbietet und dadurch Wahlchancen von 1 sicherstellt. Da dies für jeden Punkt $p^L, p^R \neq m$ gilt müssen beide im Gleichgewicht m anbieten wobei jeder eine Gewinnwahrscheinlichkeit von $\frac{1}{2}$ realisiert.

Parteien können sich jedoch ideologisch differenzieren wenn das Wahlverhalten die Annahme verletzt, daß Wähler gemäß Distanz entscheiden, oder Wahlverhalten nicht mit Sicherheit determiniert ist. Alternative Annahmen zum Distanzmotiv sind etwa, daß Wähler in ihren Parteipräferenzen gebunden sind⁵ oder daß sie für solche Kandidaten stimmen, mit denen sie über die Richtung der anzustrebenden Politikänderung übereinstimmen oder (vgl. die Diskussion bei Merrill/Grofman, 1999). Mit parteilichen gebundenen Wählern gibt es dann ein Positionierungsproblem, wenn gleichzeitig die Stimmen ungebundener Wähler benötigt werden. Ein entsprechendes Modell welches ideologische und gewinnorientierte Ziele kombiniert wird in Abschnitt 3.5 dargestellt. Ein Richtungsmotiv setzt einen Status quo-Politikpunkt voraus, da dieser zur Bestimmung einer Politikänderung erforderlich ist. Entscheidungen gemäß Richtung und Distanz können sich voneinander unterscheiden: So würde unter dem Richtungskriterium ein gemäßigter Liberaler eine Politikänderung von einer sehr moderaten konservativen Status quo-Position zu einer nur etwas stärker konservativ ausgeprägten Politikposition ablehnen wenn gleichzeitig ein Liberaler Kandidat antritt, der verspricht die Politikrealisation vom Status quo-Punkt in die von ihm bevorzugte Richtung zu verschieben. Unter dem Distanzkriterium könnte diese Verschiebung sehr wohl zu weit gehen, wenn etwa extrem liberale Positionen angekündigt werden. Richtungswahl braucht Rationalität indes nicht zu widersprechen wenn etwa der Wähler annimmt, daß ein liberaler Kandidat zwar extreme Politiken ankündigt, in der gegebenen Legislaturperiode aber vermutlich nicht in diesem Maße umsetzen können: Wähler könnten Ankündigungen diskontieren. Damit wird die Richtungswahlannahme mit Rationalität vereinbar, wenn gleichzeitig die Annahme über die Selbstbindungsmöglichkeit von Politikern aufgehoben wird. Die reine Richtungswahlannahme führt zu Konvergenz der Programme, jedoch nicht notwendigerweise beim Punkt des Medianwählers (vg. Merrill/Grofman, 1999). Nimmt man dagegen an, daß Wähler das angekündigte Ausmaß einer Politikänderung diskontieren und daß die Diskontierungsfaktoren für die Kandidaten voneinander abweichen kann man divergente Positionen ableiten (siehe Merrill/Grofman, 1998). In diesem Fall würden Kandidaten solche Politiken ankündigen, daß die erwartete Politikrealisation nach Diskontierung mit der Position des Medianwählers übereinstimmt.

Politikmotivation führt bei gleichzeitiger Unsicherheit über die exakte Position des Medianwählers allerdings zur Realisierbarkeit unterschiedlicher Politikziele der Kandidaten. Kandidaten würden in diesem Fall ihre Positionen so festlegen, daß ihre erwartete Nutzenrealisation maximiert wird (Wittman, 1983). Ist $\pi^A(p^A, p^B)$ die Gewinnwahrscheinlichkeit für A an den Politikpositionen p^A und p^B , so ist

$$EU^A = \pi^A U(|p^A - x^A|) - (1 - \pi^A) U(|p^B - x^A|) \quad (1)$$

⁵ Siehe Hudson (1995).

die erwartete Nutzenrealisation von A. Unsicherheit über die Medianwählerposition stellt sicher, daß $\pi^A(p^A, p^B)$ im Unterschied zum Fall der Sicherheit in einer Umgebung um den Medianwert kontinuierlich ist (Calvert, 1985). Davon, daß π^i in p^i überall kontinuierlich ist kann jedoch nicht ausgegangen werden so daß die Voraussetzungen für die Anwendung topologischer Fixpunkttheoreme nicht gegeben sind. Roemer (1999) zeigt die Existenz eines solchen Gleichgewichts für diesen allgemeinen Fall. Bei fehlender oder verschwindender ideologischer Zielsetzung stellt sich auch im Fall der Unsicherheit das Konvergenzresultat ein (Calvert, 1985, Coughlin, 1992).

Erweiterungen des Downs'schen Modells auf mehrere Dimensionen unter Sicherheit führen in allen Fällen die sich nicht durch extreme Symmetrie-Annahmen auszeichnen (Plott, 1967) zur Nicht-Existenz eines Nash-Gleichgewichts in reinen Strategien. Das Kandidaten-Positionierungsspiel ist eng verwandt mit der Ermittlung eines Vorschlags der ein Tournament mit Mehrheitswahl gewinnt (McKelvey, 1986). Während sich generell kein solcher Sieger ermitteln läßt, sind verschiedene Ansätze entwickelt worden um einen Politikraum einzugrenzen, in welchem solche Vorschläge, die anderen Vorschlägen nachfolgen (d.h. die über Dominanzbeziehungen mit diesen verknüpft sind) liegen werden. Erwähnenswert sind hier Top Cycle (oder Condorcet Set) und Uncovered Set. Top Cycle ist die kleinste Teilmenge des Politikraums, so daß jedes Element dieser Teilmenge alle Elemente die nicht enthalten sind schlägt. Unglücklicherweise tendiert diese Teilmenge dazu, groß zu sein und unter relativ schwachen Annahmen fällt sie mit dem gesamten Politikraum zusammen (siehe McKelvey 1976, 1977). Für die Definition des Uncovered Set definieren wir die Dominanzbeziehung $a > b$ die ausdrückt, daß eine Mehrheit a über b vorzieht. Ein Element a im Politikraum ist „covered“ durch ein anderes Element b sofern für jedes c für das $a > c$ erfüllt ist auch $b > c$ gilt. Das Uncovered Set besteht entsprechend aus solchen Elementen a für die kein solches b existiert. Das Uncovered Set ist eine Teilmenge des Top Cycle⁶, es umfaßt diejenigen Elemente die in gemischten Gleichgewichten zwischen Kandidaten mit positiver Wahrscheinlichkeit gespielt werden und man gelangt von jedem Punkt des Politikraums in zwei Schritten über Dominanzbeziehungen zu jedem Punkt im Uncovered Set (Miller, 1980). Weiterhin steht das Uncovered Set in Beziehung mit dem Konzept des politischen „Heart“, welches in Modellen mit mehreren Parteien und Koalitionsbildung eine Rolle spielt und auf welches wir weiter unten eingehen werden.

Während sich also Gleichgewichtslösungen im Falle mehrerer Dimensionen bei Sicherheit in der Regel nicht ableiten lassen, ermöglicht die Einführung von Unsicherheit über das Wählerverhalten die Existenz von Gleichgewichten. Coughlin (1992) zeigt, daß sich für zwei Kandidaten und beliebig viele Politikkonstellationen unter Unsicherheit Konvergenz der Positionen einstellt. Weiterhin zeigt er, daß diese Politikposition eine Wohlfahrtsfunktion maximiert deren Form von den Annahmen über die Stochastik abhängt.

Einen anderen Fall eines Konvergenzresultates erhält man, wenn man neben ideologischer Zielsetzung und Unsicherheit annimmt, daß keine Selbstbindungsmöglichkeiten der Kandidaten bestehen (Alesina, 1988). Bei einmaligem Politikspiel würde jeder Kandidat nach der Wahl seinen Idealpunkt realisieren. Im wiederholten Spiel und bei ausreichender Wertschätzung der Zukunft sind andere Ankündigungen glaubwürdig, sofern nach einer Abweichung Wähler und andere Partei annehmen, daß in aller Zukunft das Ergebnis des einmaligen Spiels realisiert wird. Politikankündigungen, die beide Parteien besser stellen als das Ergebnis in Folge einer Abweichung können damit im dynamischen Gleichgewicht unterstützt werden. In diesem Fall ist zu erwarten, daß Politikankündigungen auf der

⁶ Vergleiche zu dieser und Beziehungen zu anderen Lösungen Chwe (1994).

Paretogrenze im Nutzenmöglichkeitsraum für die beiden Parteien realisiert werden. Da beide Parteien annahmegemäß konkave Nutzenfunktionen aufweisen sind Politiken auf der Paretogrenze stationär: Zu jeder Politikfolge mit sich im Zeitablauf ändernden Realisationen gibt es eine Pareto-bessere Politikfolge mit konstanten Politikrealisationen. Es findet wie im Downs'schen Grundmodell Konvergenz statt, allerdings in der Regel nicht zum Medianwählerpunkt. Bei geringer Wertschätzung der Zukunft können in der Regel Politikrealisationen zwischen vollkommener Konvergenz und dem Ergebnis des einmaligen Spiels erreicht werden.

3.2 Mehr-Kandidaten-Modelle

Die Erweiterung des Downs'schen Modells auf mehr als zwei Kandidaten erfordert zunächst weitere Präzisierungen über das Wahlverhalten. So macht es bei mehr als zwei Kandidaten im Fall der einfachen Mehrheitswahl (oder Pluralitätswahl) einen Unterschied ob Wähler denjenigen von mehreren Kandidaten wählen, der die geringste Distanz von ihrem Idealpunkt aufweist (d.h. ob sie in ihrer Wahlentscheidung „sincere“ sind) oder ob sie versuchen Vorhersagen zu machen, welche Kandidaten vermutlich das Rennen zwischen sich entscheiden werden und ihre Stimme „strategisch“ so einem Kandidaten zukommen lassen, daß das Wahlergebnis in dieser Situation zu ihren Gunsten beeinflußt wird.

Zunächst führen wir ins Grundmodell mit Mehrheitswahl eine Vielzahl von Kandidaten ein. Sind Wähler „sincere“, so kommt es bei mehr als zwei Kandidaten zu Divergenz der Politikpositionen (Cox, 1990): Sind die Positionen von drei Kandidaten hinreichend nahe, so verliert der eingeschlossene Kandidat. Dies trifft entsprechend im Grenzfall der Positionierung aller drei Kandidaten in einem Punkt zu. Man überlegt sich leicht, daß sich für den eingeschlossenen Kandidaten eine Abweichung lohnt. Während diese Aussage immer gilt, ist es nicht sichergestellt, daß tatsächlich ein Gleichgewicht existiert (siehe dazu auch Shepsle/Cohen, 1990). Im Fall strategischer (auch: rationaler oder „sophisticated“) Wähler erhält man dagegen ein Medianwählerresultat (Feddersen/Sened/Wright, 1990), allerdings nur solange ausschließlich reine Strategien der Kandidaten zulässig sind. Im allgemeineren Fall führt strategisches Wählen zu einer Vielzahl von Gleichgewichten, in denen sich die Prognosen der Wähler erfüllen (siehe Palfrey, 1989, Myerson/Weber, 1993). Das Problem, welche Position im Mehrheitswahlsystem letztendlich durchgesetzt wird, hängt dann damit zusammen, welche Kandidaten entscheidend gegeneinander antreten. Dieses Problem behandeln wir in Abschnitt 3.3.

Divergenz im Falle von Wählern, die „sincere“ sind erhält man auch bei Verhältniswahl: Nehmen wir an, das Verhältniswahlsystem sei so ausgestaltet, daß jeder Wähler eine Stimme hat und daß Sitze gemäß einer Parteiliste vergeben werden. In diesem Fall macht es Sinn, davon auszugehen, daß jede Partei die Zahl ihrer Sitze maximieren will. Kandidiert jede Partei unter einem für alle ihre Kandidaten verbindlichen Programm und stehen mehr als zwei Parteien zur Wahl, so ergibt sich im Gleichgewicht – sofern es existiert – Divergenz der Parteipositionen (Cox, 1990). In Verhältniswahlsystemen kann es somit zu ideologischer Differenzierung der Parteien kommen, selbst wenn die Motive der Parteikandidaten ausschließlich auf ihre Gewinnchancen gerichtet sind.

Rationalität von Wählern im Verhältniswahlsystem zwingt diese zur Formung von Erwartungen über die im Anschluß an die Wahl realisierte Politik, jedenfalls sofern sich die

Wahlprogramme der gewählten Parteien unterscheiden.⁷ Austen-Smith/Banks (1988) nehmen Parteien an, die ideologisch motiviert sind aber erfolgter Wahl einen beliebig teilbaren Kuchen – motiviert durch Regierungsressorts – aufteilen können und dafür politische Kompromisse in Kauf nehmen. Nach der Wahl erfolgt das Regierungsformierungsspiel. Parteien, die im Parlament vertreten sind, werden in der Reihenfolge ihrer Stimmengewichte⁸ mit der Regierungsbildung beauftragt. Gelingt der kleinsten Partei keine Regierungsbildung so wird ein Statthalter berufen der ein hinreichend kleines Reversionsnutzenniveau bereitstellt.⁹ Die jeweilig mit der Regierungsbildung beauftragte Partei macht ein einmaliges Angebot an eine andere Partei. Bewerten beide Parteien Politikdistanzen und den Kuchen in gleicher Weise, so erhalten wir ein Team-Problem in dem der Formateur den gemeinsamen Politiknutzen maximieren will – was durch Auswahl des äquidistanten Punktes zwischen den beiden Idealpunkten geschieht – und sich anschließend selbst soviel des Kuchens aneignet, daß der andere Koalitionspartner seinen Fortführungsnutzen erhält, den er ansonsten durch Ablehnung des Angebots sicherstellen kann. Weil es ein Vorteil ist, den ersten Vorschlag unterbreiten zu können, sind Parteien an Stimmenmaximierung interessiert. Austen-Smith und Banks konstruieren ein Gleichgewicht¹⁰ in dem eine Partei die Medianposition einnimmt. Die anderen Parteien beziehen Positionen in gleichem Abstand um die Medianwählerposition.¹¹ Die Medianpartei erhält gerade genug Stimmen, um ins Parlament einzuziehen, die beiden großen Parteien realisieren eine Patt-Situation. Bedingt durch Politikkompromisse bei der Regierungsbildung erhält man ein Divergenzresultat. Ein weitere Eigenschaft dieser Modellvariante ist, daß wie schon bei Axelrod (1973) eine Tendenz zur Koalitionsbildungen zwischen im Ideologieraum benachbarten Parteien besteht.

Baron (1993) und Baron/Diermeier (2001) verallgemeinern Versionen des Austen-Smith/Banks-Modells auf den mehrdimensionalen Raum. Bei Baron (1993) ist die Zahl der Kandidaten im Parlament exogen auf drei beschränkt aber die Unterstützung der Kandidaten hängt von ihrer Politikposition ab. Wähler sind „sincere“. Parteien wählen ihre Politikpositionen die dem Wahlprozess und ihrer Verhandlungsposition zugrundeliegen um den Durchschnittsnutzen ihrer Wähler zu maximieren. Parteien haben hier einen Anreiz sich ideologisch zu differenzieren und gleichzeitig einen Trade-off zwischen größerem Einfluß im Regierungsbildungsprozess und der Auswahl einer interessensgruppenspezifischen Politikposition. Baron/Diermeier (2001) folgen Austen-Smith/Banks in den Annahmen rationaler Wähler, dreier erwartungsnutzenmaximierender Parteien und eines durch Existenz eines Verhandlungskuchens sichergestellten effizienten Verhandlungsprozesses. Der Regierungsbildungsprozess weicht allerdings ab: Formateure werden mit Wahrscheinlichkeiten, die proportional zu ihrem Stimmenanteil sind gewählt. Im Vergleich zu Mehrheitswahlmodellen gewährleistet die zusätzliche institutionelle Struktur die Existenz von Gleichgewichten. Im Falle von Baron/Diermeier läßt sich sogar ein starkes Nashgleichgewicht welches gegen Abweichungen von zwei Parteien immun ist ableiten.

Schofield (1993) entwickelt ebenfalls ein Parteienpositionierungsspiel in der vor der Wahl eingenommenen Positionen ein Nashgleichgewicht bilden. Der Lösungsbereich für das Verhandlungsspiel nach der Wahl wird durch kooperative Überlegungen gefaßt wird: Im Falle in dem der Kern des Spiels nichtleer ist stimmt der Lösungsbereich mit diesem überein.

⁷ Entsprechende Überlegungen lassen sich auch auf Mehrheitswahlsysteme mit mehreren Distrikten übertragen, siehe hierzu Austen-Smith (1984). Morelli (2006) unterscheidet proportionale und Mehrheitswahl auf Distriktebene.

⁸ Im Falle gleicher Gewichte entscheidet das Los.

⁹ Siehe zu solch einem Formierungsspiel Pech (2004).

¹⁰ Tatsächlich existieren mehrere Gleichgewichte.

¹¹ Bezüglich der Verteilung der Wähler wird Symmetrie um den Median angenommen.

Andernfalls ist die Lösung eine Lotterie über Politiken die zum sogenannten politischen „Heart“ gehören, ein Konzept welches an das „uncovered set“ angelehnt ist (siehe auch Schofield, 1996).

3.3 Ein Erklärungsansatz zur Anzahl der Parteien

Wie wir im vorangegangenen Abschnitt gesehen haben, erfordert das Mehrheitswahlssystem das Bilden von Erwartungen seitens der Wähler, welche Kandidaten ernsthafte Anwärter auf den Wahlsieg sind. Ein rationaler Wähler würde zwischen denjenigen Kandidaten wählen, die – gegeben, daß es zu einem engen Rennen kommt – an diesem Rennen beteiligt sind (Myerson, 1999). Entsprechende Überlegungen sind aber auch bei Wahlen im Verhältniswahlssystem anzustellen: Gibt es mehr als einen Sieger – wenn etwa mehrere Kandidaten je Wahlkreis ins Parlament einziehen, wie es etwa in Irland der Fall ist – so schließen die ernsthaften Kandidaten den schwächsten der wahrscheinlichen Sieger und den stärksten der wahrscheinlichen Verlierer ein (Myerson, 1999). In Verhältniswahlssystemen mit Parteilisten sind dagegen alle Parteien, die vermutlich ins Parlament einziehen als ernsthafte Anwärter einzustufen. Cox (1979) zeigt, daß bei m Parlamentssitzen jede Zahl zwischen zwei und $m+1$ Parteien ernsthaft am Ausgang der Wahl beteiligt sein können.

Duverger's Gesetz besagt, daß es in Systemen mit Mehrheitswahlen nur zwei ernsthafte Kandidaten geben wird. Palfrey (1989) argumentiert, daß es in einem Bayesianischen Gleichgewicht bei großer Bevölkerungszahl mit Ausnahme von grenzwertigen Fällen nur Unterstützung für zwei Parteien geben könne. Myerson/Weber (1993) zeigen andererseits, daß praktisch beliebige Gleichgewichte durch entsprechende subjektive Wahrscheinlichkeitsverteilungen der Wähler unterstützt werden können, selbst wenn die Wahrscheinlichkeit eines Drei-Kandidaten-Rennens verschwindet. Sie konstruieren ein Wahlgleichgewicht in welchem die beiden Linkskandidaten ihren Anhängern geringfügig abweichenden Nutzen stiften und gleich stark eingeschätzt werden. Die Linkswähler scheitern in der Koordination auf einen Kandidaten und verlieren. Entscheidend für das Ergebnis sind die wahrgenommenen Pivotwahrscheinlichkeiten $prob^i$ der Wähler, daß sie durch Änderung ihrer Wahlentscheidung den Wahlausgang von Kandidat i zu Kandidat j beeinflussen. Sind die Anhänger eines der beiden Linkskandidaten zahlreicher wird aber gleichzeitig dem anderen eine höhere Pivotwahrscheinlichkeit im Vergleich zum Rechtskandidaten eingeräumt, so kann es für einige der zahlenmäßig stärkeren Linkskandidaten lohnend sein, strategisch den anderen Linkskandidaten zu wählen. Das Ergebnis, daß drei Parteien Stimmen bekommen können ist also robust. Zudem ist der Fall der Lagerspaltung auch empirisch belegbar, wobei hier die U.S.-Präsidentenwahl von 1912 herangezogen wird.

Beiträge, in denen Duverger's Gesetz abgeleitet werden sind etwa Feddersen (1992), der kostenverursachende Wahlhandlungen unterstellt, oder Fey (1997) bei dem es zu Vorabkoordination durch Wahlumfragen kommt. Rivière (1999) entwickelt ein Modell mit ideologischen Kandidaten in denen die Entscheidung sich zur Wahl zu stellen endogenisiert wird.

Einen Ansatz der nicht auf informationelle Argumente aufbaut wird von Kofort/Heckert (1987) beigesteuert. Diese argumentieren, daß der Trade-off zwischen Chance der Regierungsbeteiligung und Durchschnittsnutzen des einzelnen Wählers, den wir bei der Diskussion von Baron (1993) bereits thematisiert hatten, sich in Systemen der Verhältniswahl und der Mehrheitswahl systematisch unterscheiden würde. Grundsätzlich steigt die Chance der Regierungsbeteiligung mit mit der Wählerzahl und der Durchschnittsnutzen des einzelnen

Wähler im Falle einer Regierungsbeteiligung plausiblerweise sinkt. Im Verhältniswahlssystem steigt die Chance der Regierungsbeteiligung – gemessen etwa am Banzhaff-Index – der Wählerzahl aber monoton an während im Fall der Mehrheitswahl Sprungstellen aufwiese. Im Fall der Zwei-Parteien-Konkurrenz befindet sich die Sprungstelle bei einer Wählerzustimmung von $\pi = 0.5$. Weil im Bereich $\pi = (0, 0.5)$ der Erwartungsnutzen für eine Partei im Verhältniswahlssystem strikt positiv sei, würde die optimale Parteigröße im Verhältniswahlssystem im allgemeinen unterhalb der optimalen Parteigröße im Mehrheitswahlssystem liegen.

3.4 Wirkungen der Parteistruktur

In den folgenden Beiträgen werden Wirkungen von Annahmen über Parteistruktur auf die Ergebnisse des erweiterten Standardmodells vorgenommen. Die Parteistruktur wird zur Erklärung genutzt, ohne allerdings selbst abgeleitet zu werden.

Roemer (1998, 1999) analysiert das Zusammenspiel unterschiedlicher Partei-Fraktionen im Wettbewerb zweier Parteien im zweidimensionalen Politikraum. In solch einer Umgebung läßt sich üblicherweise kein Nash-Gleichgewicht in reinen Strategien ableiten. Bei Roemer ist es das innerparteiliche Verhandlungsspiel welches die Strategien, die einer Partei im Verhältnis zum politischen Gegner zur Verfügung stehen beschränken. Diese Einschränkung des Strategienraums ermöglicht die Existenz eines Gleichgewichts. Nur solche Positionsänderungen sind zulässig, die für alle Fraktionen einer Partei mindestens so gut sind wie die Ausgangsposition. Folgende Fraktionen sind in einer Partei organisiert: Militante, deren Zielsetzung eine Vergrößerung des Abstands der eigenen Politikposition vom Idealpunkt der Partei, $|p^A - x^A|$, vermeiden wollen. Opportunisten, die gegen eine Verringerung der Gewinnchancen der Partei, $\pi^A(p^A, p^B)$, sind und Reformisten, die am Erwartungsnutzen der Partei gemäß Gleichung (1) interessiert sind. Roemer leitet nicht nur ein Gleichgewicht ab welches dieses Konzept erfüllt ab¹² sondern zeigt, daß wenn Parteien in solch einem Gleichgewicht Trade-offs zwischen Ideologie und dem Zugewinn von anderen als den eigenen Kernwählern vornehmen müssen relativ gemäßigte Verteilungspolitiken zustandekommen können. Dies folgt dem Erklärungsmodell welches Przeworski/Sprague (1986) für die historische Entwicklung des politischen Programms sozialdemokratischer Parteien vorgeschlagen haben.

Einen Beitrag welcher auf die Aufgabe von Parteien abstellt, ihren Anhängern glaubhafte Informationen über Konsequenzen politischer Entscheidungen zu vermitteln, stammt von Cauillard/Tirole (1999). In ihrer Sicht spalten sich Parteien in ein Lager von Opportunisten, die ausschließlich Wahlinteressen verfolgen, und in ein Lager Idealisten, die eine ideologische Zielsetzung verfolgen. In der innerparteilichen Auseinandersetzung in ideologisch geprägten Parteien können Informationen über den Nutzen aus reformorientierten Politiken für die Anhänger glaubhaft produziert werden. Dagegen würde im Falle von Parteien die im Zentrum des politischen Spektrums angesiedelt sind, die Übereinstimmung zwischen Idealisten und Opportunisten zu einer Erosion der Glaubwürdigkeit der Partei führen. Cauillard/Tirole erhalten damit ein Argument für Politikkonvergenz.

Owen/Grofman (2006) zeigen den Einfluß innerparteilicher Entscheidungsprozesse auf eingennommene Politikpositionen.¹³ Parteien werden mit einer exogen vorgenommenen

¹² Party Unanimity Nash Equilibrium, PUNE.

¹³ Das Modell baut auf einem Beitrag von Coleman (1971) auf.

Zweiteilung der Wähler entlang ihrer Positionen im Politikraum identifiziert. Beide Parteien entscheiden über ihre jeweiligen Kandidaten in Vorwahlen. Owen/Grofman gelingt es, den Tradeoff zwischen ideologischer Zielsetzung und Wiederwahlzielsetzung in handhabbarer Weise zu fassen. Im Gleichgewicht kommt es zur Politikdivergenz.

3.5 Rückwirkungen des politischen Gleichgewichts auf die Parteienbildung

Abschnitt 3.5. hat die Wirkungen von Parteien im politischen Gleichgewicht thematisiert. Im folgenden Abschnitt wollen wir die Fragestellung umkehren und erforschen, in welcher Form angesichts dieser Wirkungen die Bildung von Parteien erfolgen sollte.¹⁴ Letztendlich geht es hier auch um die Frage nach der spezifischen Funktion von Parteien, die deren Existenz letztendlich erklären kann. Dabei werden wir für diesen Teil der Untersuchung nicht auf Gleichgewichtssituationen beschränken. Vielmehr macht es hier Sinn, all solche Situationen zu betrachten, die im weitesten Sinner eine stabile Lösung eines Politikspiels darstellen.

Wie wir gesehen haben, kann die Bildung von Parteien die aus mehreren Fraktionen bestehen, bei Anwendung entsprechender innerparteilicher Entscheidungsregeln zu Stabilität des politischen Systems führen. Parteiorganisationen könnten in diesem Sinne als Antwort auf Gordon Tullock's (1981) Frage gesehen werden, „Why so much stability“? Allerdings ist eine solche Erklärung mit Vorsicht zu betrachten. Die Frage Tullock's bezieht sich schließlich auf Stabilität und nicht auf Gleichgewichte. Ob empirisch beobachtete Stabilität die Existenz von Gleichgewichten erzwingt, kann erst beantwortet werden, wenn wir über eine Theorie verfügen, die Aussagen zum Verhalten von politischen Systemen macht die den formalen Gleichgewichtserfordernissen nicht entsprechen.

Die Berücksichtigung von Institutionen als Antwort auf die mangelnde Existenz eines Gleichgewichts ist in der politischen Ökonomie mit dem Begriff des strukturinduzierten Gleichgewichts verbunden. Ob allerdings die Einführung immer weiterer institutioneller Details eine geeignete Vorgehensweise ist, ist zumindest in Frage zu stellen. Gerade in Zusammenhängen mit Personenmehrheiten ist es typischerweise schwierig, Lösungen zu garantieren, insbesondere, wenn mehrere Akteure Abweichungen miteinander absprechen können. Wie also ist Stabilität ohne den Gleichgewichtsbegriff zu erklären? Nehmen wir an, daß es in jeder potentiellen Lösung einer politischen Situation möglich ist, daß sich ein Akteur durch individuelle Abweichung besser stellt. Ob aber ein Akteur tatsächlich von dieser Lösung abweicht hängt, wenn er vorausschauend ist, aber auch von den Folgewirkungen ab, die eine Abweichung nach sich zieht.¹⁵ Wenn mehrere Folgewirkungen denkbar sind, hängen wiederum die Stabilitätseigenschaften eines Systems von Annahmen darüber ab, welche Annahmen ich über die Folgen einer Abweichung habe. Akteure können die Situation beispielsweise konservativ bewerten, d.h. nur abweichen, wenn sie sich auf keinen Fall schlechter stellen können. So erhält man unter Umständen Bereiche die potentiell stabil sind (siehe Chwe 1994). Für optimistische Akteure läßt sich sogar zeigen, daß in völlig offenen Verhandlungsprozessen jeder individuell maximale Punkt stabil ist. Anstelle der Nichtexistenz eines Gleichgewichts erhält man so eine Multiplizität potentiell stabiler Ergebnisse (Pech, 2007). Dieses Resultat stellt in gewisser Weise das Ergebnis McKelvey's (1976, 1979) auf den Kopf. Welches Ergebnis am Ende verwirklicht wird könnte von solchen

¹⁴ Persson/Tabellini (2003) entwickeln ein alternatives Modell der Parteienbildung welches nicht auf Wettbewerb im Politikraum basiert.

¹⁵ Die ko-operative Spieltheorie beschäftigt sich seit langem mit solchen Aspekten der Stabilität. Beispielhaft sei hier auf die competitive solution (McKelvey/Ordeshook/Winer, 1978) verwiesen, in welcher Abweichungen durch Gegendrohungen unterbunden werden.

Aspekten wie dessen allgemeiner Akzeptabilität abhängen. Cay Folkers (1994) hat schon früh eine Neuorientierung ökonomischer Theoriebildung in Hinblick auf Elemente der Konsensbildung vorgeschlagen.

Der Zweck von Parteien wird einerseits im Ermöglichen von effizienzsteigernden Austauschbeziehungen zwischen Kandidaten gesehen. Solche Effizienzsteigerungen sind möglich, wenn die Herstellung des Parteigutes, Stimmen, durch Externalitäten zwischen den Wahlkreisabgeordneten gekennzeichnet ist (Folkers, 1994). Das Freifahrer-Argument spricht für die Vorteilhaftigkeit dauerhafter und formalisierter Beziehungen zwischen den Beteiligten. Das Externalitätenargument würde demnach für die Erklärung von Parteien als Elemente des „Industrial Organization of Congress“ (Weingast/Marshall, 1988) eine ähnliche Rolle spielen wie das „Hold-up“-Problem für die Erklärung von Firmen auf Märkten für private Güter. Jackson/Moselle (2002) dagegen erklären Parteien aus einem Versicherungsmotiv gegen unsichere Auszahlungen in einem reinen Verhandlungsspiel zwischen Koalitionen unabhängiger Abgeordneter.

In den letzten Jahren sind verschiedene Beiträge erschienen, die das Entstehen von Parteien endogen erklären. In Austen-Smith (2002) repräsentieren Parteien ökonomische Klassen und die Entstehung der letzteren ist endogen. Die Entscheidung von Politikern, sich zur Wahl zu stellen wird im "citizen candidacy"-Modell von Besley/Coate (1997) endogenisiert. Bandyopadhyay/Oak (2004) präsentieren ein darauf bildendes Parteienbildungsmodell in welchem die Repräsentanten von Gruppen sich zur Wahl stellen oder verzichten. Anwendungsbereich sind Systeme mit Verhältniswahl. Verhandlungen zwischen Repräsentanten finden erst auf der Ebene der (Koalitions-)Regierungsbildung statt. Erwartete Politiken sind, wie schon bei Baron/Diermeier (1999) Mittelwerte der Idealpunkte.

Osborne/Tourky (2004) fokussieren auf Austauschbeziehungen zwischen Parteimitgliedern bei Bestehen von Skalenerträgen der Parteigröße. Solche Skalenerträge werden durch fixe Wahlkampfkosten und überproportional in der Parteigröße steigende öffentliche Subventionsleistungen und private Spenden erklärt. Parteien werden als stabile Koalitionen von Kandidaten aufgefasst die sich auf einheitliche Politikpositionen festlegen. Unabhängig vom Wahlsystem wird die Ausbildung eines Zwei-Parteien-Systems vorhergesagt.

Einen anderen Ansatzpunkt zur Parteienbildung bietet die Aufhebung der Commitment-Annahme. Im Mehrparteienmodell von Schofield/Parks (2000) können Parteien nicht willkürlich Politikpositionen wählen. Statt dessen wählt ein Partei-Prinzipal einen Kandidaten der in den nachgelagerten Koalitionsverhandlungen glaubhaft seine eigene ideologische Politikposition vertritt. In Schofield/Send (2002) wählen Parteikandidaten mit heterogenen Präferenzen einen Parteiführer. In beiden Modelltypen werden (lokale) Nash-Gleichgewichte nachgewiesen.

In Levy (2004) können Parteien nur solche Politiken glaubhaft ankündigen, die relativ zum Status quo im Paretofeld der Parteimitglieder liegen. Parteien werden als „Equilibrium Binding Agreement“ (Ray/Vohra, 1997) modelliert, d.h. solche Parteien sind stabil, für die keine Abweichungen in Unterparteien existieren, die für alle Mitglieder der Unterpartei bevorzugt werden. Parteibildung erlaubt im mehrdimensionalen Fall die Bindung an Politiken die näher am Idealpunkt des Medianwähler's liegen als im Fall unabhängiger Kandidaten. Allerdings sind Symmetrie-Annahmen zu setzen, die die Existenz eines Medianwählers in mehreren Dimensionen sicherstellen.

Pech (2006) nimmt an, daß Parteien über keinerlei Selbstbindungsmöglichkeiten verfügen, aber die Parteikandidaten in einen innerparteilichen Entscheidungsprozess eingebunden sind. Das Zusammenspiel zwischen innerparteilichen Entscheidungsmechanismen (Mehrheitswahl) und Entscheidungsmechanismen in Koalitionsregierungen (implizite Einstimmigkeit) führt dazu, daß eine unterschiedlich strukturierte Parteienlandschaft unterschiedliche Politikergebnisse erwarten läßt. Solche Parteienlandschaften sind stabil, von denen Kandidaten mit konservativer Entscheidungsregel nicht abweichen. Es zeigt sich, daß im Mehrparteiensystem weitergehende Beschränkungen des Politikraums möglich sind und daher in Systemen mit Verhältniswahl moderatere Politiken zu erwarten sind als in Systemen mit Mehrheitswahl.¹⁶

4. Schluß

Dieser Überblicksartikel zeugt von einer umfassenden Erforschung der Bedingungen des demokratischen Wettbewerbs zwischen Kandidaten. Der Weg zu einem Erklärungsmodell, in welchem die Konstitution von Parteien als Personenmehrheit in einer sinnvollen Rolle gesehen wird, ist erst in den letzten Jahren bestritten wurde. Parteien sind wesentliche Bestandteile der Demokratie im allgemeinen und des legislativen Prozesses im besonderen. Ihre Erklärung wäre demnach ein wesentlicher Baustein bei der Entwicklung einer Theorie einer „Industrial Organization of Congress“. Fast zwanzig Jahren nachdem Weingast/Marshall dieses Forschungsprojekt auf den Plan gerufen haben, steht die Entwicklung jedoch noch weitgehend am Beginn.

Bibliographie

Alesina, Alberto (1988), Credibility and Policy Convergence in a Two-Party System with Rational Voters, *American Economic Review* 78:796-805.

Alesina, A., Rosenthal, H. (1995), *Partisan Politics, Divided Government and the Economy*, Cambridge University Press, New York.

Austen-Smith, D., (1984), Two-Party Competition with Many Constituencies. *Mathematical Social Sciences* 7: 177-198.

Austen-Smith, D., (2002), Proportional Representation versus Majority Voting. *Journal of Political Economy* 108: 1235-1266.

Axelrod, Robert (1970), *Conflict of Interest*. Chicago.

Bandyopadhyay, S., Oak, M. (2004), Party Formation and Political Bargaining: A Model of Proportional Representation, *Fondazione Eni Enrico Mattei, Working Papers: 2004.98*

Baron, D.P., (1993), Government Formation and Endogenous Parties. *American Political Science Review* 87: 34-47.

¹⁶ Mehrstufige Entscheidungsprozesse sind auch in Alesina/Rosenthal (1995) wesentlich für die Erklärung von Moderierungstendenzen des politischen Systems. Riviere (2003) erhält in einer Verallgemeinerung des Modells von Myerson/Weber (2003) gleichfalls ein Moderierungsergebnis für Verhältniswahlssysteme.

- Baron, D.P., Diermeier, D. (2001), Elections, Governments, and Parliaments in Proportional Representation Systems. *Quarterly Journal of Economics*, pp. 932-967.
- Baron, David and John Ferejohn (1989), Bargaining in Legislatures, *American Political Science Review* 8: 1181-1206
- Besley, T., Coate, S. (1997), An Economic Model of Representative Democracy, *Quarterly Journal of Economics* 112: 85-116.
- Birchfeld, V., Crepaz, M.M.L. (1998), The Impact of Constitutional Structures and Collective and Competitive Veto Points on Income Inequality in Industrialized Democracies. *European Journal of Political Research* 34: 175-200.
- Budge, I., Klingemann, H.-D., Hoffebert, R. (1993), *Parties, Policies, and Democracy*, Westview Press, Boulder.
- Caillaud, B., Tirole, J. (1999), Party Governance and Ideological Bias, *European Economic Review* 43: 779-789.
- Calvert, R. (1985). Robustness of the Multidimensional Voting Model: Candidate Motivation, Uncertainty, and Convergence, *American Journal of Political Science* 29: 69-95.
- Chwe, M. S. (1994), Farsighted Coalitional Stability, *Journal of Economic Theory* 63: 299-325.
- Coleman, J.S. (1971), Internal Processes Governing Party Positions in Elections, *Public Choice* 11: 35-60.
- Coughlin, P. (1992), *Probabilistic Voting Theory*, Cambridge University Press, New York.
- Cox, G.W. (1990), Centripetal and Centrifugal Incentives in Electoral Systems, *American Journal of Political Science* 34: 903-935.
- Cox, G.W. (1997), *Making Votes Count*, Cambridge University Press, Cambridge, New York.
- Diermeier, D., Eraslan, H., Merlo, A. (2003) A structural model of government formation. *Econometrica* 71: 2770.
- Downs, A. (1957), *An Economic Theory of Democracy*, Harper Collins, New York.
- Dunleavy, P. (2005), Facing up to Multi-Party Politics: How Partisan Dealignment and PR Voting Have Fundamentally Changed Britain's Party Systems, *Parliamentary Affairs* 58: 503-532.
- Dunleavy, P., Boucek, F. (2003), Constructing the Number of Parties, *Party Politics* 9: 291-315.
- Duverger, M. (1958), *Political Parties, Their Organization and Activity in the Modern State*, Wiley, New York.

Enelow, J., Hinich, M., Hrsg. (1990), *Advances in the Spatial Theory of Voting*. Cambridge University Press.

Feddersen, T.J., Sened, I., Wright, S.G. (1990), Rational Voting and Candidate Entry under Plurality Rule, *American Journal of Political Science* 34: 1005-1016.

Fey, M. (1977), Stability and Coordination in Duverger's Law: A Formal Model of Preelection Polls and Strategic Voting, *American Political Science Review* 91: 135-147.

Folkers, C. (1994), Politische Präferenzen und institutionelle Bedingungen der Interessenpolitik - Zur Logik staatlicher Aufgabenübernahme, in: Grimm, D. (Hrsg.), *Staatsaufgaben*, Baden-Baden, S. 125 ff.

Roberts, G.K. (1987), Representation of the People, in: Holler (1987), S. 283-299

Greenberg, J., Weber, S., 1985, Multiparty equilibria under proportional representation. *American Political Science Review* 79, pp. 693-703.

Holler, Manfred J., Hrsg. (1987), *The Logic of Multiparty Systems*, Dordrecht.

Huber, J.D., Powell Jr, B.G., 1994. Congruence between citizens and policy makers in two versions of liberal democracy. *World Politics* 46, pp. 291-326.

Hudson, J. (1995) Preferences, Loyalty and Party Choice, *Public Choice* 82: 325-340.

Jackson, M.O., Moselle, B. (2002) Coalition and Party Formation in a Legislative Voting Game, *Journal of Economic Theory* 103: 49-87

Koford, Kenneth und Linda Heckert (1987), Determinants of the Number of Legislative Parties: Evidence from Postwar France, in: Holler (1987).

Laver, M., Schofield, N. (1990), *Multiparty Government*, Oxford University Press.

Laver, M., Shepsle, K.A., Hrsg. (1994), *Cabinet Ministers and Parliamentary Government*, Cambridge University Press.

Leijphart, A. (1999), *Patterns of Democracy: Government Forms and Performance in Thirty-Six Countries*, Yale University Press.

Levy, G. (2004), A model of political parties. *Journal of Economic Theory* 115: 250-277.

McKelvey, R. D. (1976), Intransitivities in Multidimensional Voting Models and Some Implications for Agenda Control, *Journal of Economic Theory* 12: 472-482.

McKelvey, R.D. (1979), General Conditions for Global Intransitivities in Formal Voting Models: Some Implications for Agenda Control, *Econometrica* 47: 1085-1112.

McKelvey, R.D. (1986), Covering, Dominance, and Institution-Free Properties of Social Choice, *American Journal of Political Science* 30: 283-314.

- McKelvey, R. D., P. C. Ordeshook and M. Winer (1978), The Competitive Solution for n Person Games without Side Payments, *American Political Science Review* 72:599-615.
- Merrill, III S., B. Grofman (1998), Conceptualizing Voter Choice for Directional and Discounting Models of Two-candidate Spatial Competition in Terms of Shadow Candidates. *Public Choice*, 95: 219-231.
- Merrill III, S., Grofman, B. (1999), *A Unified Theory of Voting: Directional and Proximity Spatial Models*, Cambridge University Press.
- Miller, N.R. (1980), A New Solution Set for Tournaments and Majority Voting: Further Graph-Theoretical Approaches to the Theory of Voting, *American Political Science Review* 24: 68-96.
- Morelli, M (2004), Party Formation and Policy Outcomes under Different Electoral Systems. *Review of Economic Studies* 71: 829-53.
- Myerson, R.B., Weber, R. (1993), A Theory of Voting Equilibria. *American Political Science Review* 87: 102-114.
- Myerson, R.B. (1999), Theoretical Comparisons of Electoral Systems, *European Economic Review* 43: 671-697.
- Osborne, M.J., Tourky, R. (2005) *Party Formation on Single-Issue Politics*, University of Toronto, Working Paper.
- Owen, G., Grofman, B. (2006), Two-Stage Electoral Competition in Two-Party Contests: Persistent Divergence of Party Positions, *Social Choice and Welfare* 26: 547–569
- Palfrey, T.R. (1989), A Mathematical Proof of Duverger's Law, in: P. Ordeshook (Hrsg.), *Essays in Contemporary Political Theory*, University of Michigan Press, Ann Arbor.
- Pech, G. (2004), Coalition Governments versus Minority Governments: Bargaining Power, Cohesion and Budgeting Outcomes, *Public Choice* 121: 1-24
- Pech, G. (2006), Intra party decision making and moderation under proportional representation, mimeo.
- Pech, G (2007), Farsightedness and stability under competition or with a strong player, mimeo.
- Persson, T., Roland, G., Tabellini, G. (2003) How do electoral rules shape party structures, government coalitions, and economic policy? NBER Working Papers 10176.
- Plott, C. (1967), A Notion of Equilibrium and Its Possibility under Majority Rule, *American Economic Review* 57: 787-806.
- Poole, K. T. und Rosenthal, H. (1987), The Political Economy of Roll-Call Voting in the "Multi-Party" Congress of the United States, in: Holler (1987), S. 209-222

- Powell Jr., G.B., 2000, *Elections as Instruments of Democracy. Majoritarian and Proportional Visions*, Yale University Press, New Haven.
- Przeworski, A., Sprague, J. (1986), *Paper Stones*, Chicago University Press. .
- Ray, D., Vohra, R. (1997), *Equilibrium Binding Agreements*, *Journal of Economic Theory* 73: 30-78.
- Riker, W.(1982), *The Two-Party System and Duverger's Law*, *American Political Science Review* 76: 753-766.
- Rivière, A. (1999), *Citizen Candidacy, Party Formation and Duverger's Law*, mimeo.
- Rivière, A. (2003) *Moderation in Proportional Systems: Coalitions Matter*. Royal Holloway Discussion Paper Series 2003-07.
- Roemer, J.E. (1997), *Political-Economic Equilibrium when Parties Represent Constituents: The Unidimensional Case*, *Social Choice and Welfare* 14: 479-502.
- Roemer, J. E. (1998), *Why Do the Poor not Expropriate the Rich in Democracies*. *Journal of Public Economics* 70: 399-424.
- Roemer, J.E. (1999), *The Democratic Political Economy of Progressive Income Taxation*, *Econometrica* 67: 1-19.
- Royed, T., Borrelli, S. (2002) *The Impact of Institutions on Policy in the UK and US: Party Pledge Fulfillment from the 1970s to the 1990s*. Paper presented at the annual meeting of the American Political Science Association.
- Schofield, N. (1993), *Political Competition and Multiparty Coalition Governments*, *European Journal of Political Research* 3: 1-33.
- Schofield, N. (1996), *The Heart of a Polity*, in : Schofield, N. (Hrsg.), *Collective Decision Making: Social Choice and Political Economy*. Kluwer-Nijhoff, Boston, S. 189-220.
- Schofield, N. (1997), *Multiparty Electoral Policies*, in: Mueller, D. (Hrsg.), *Perspectives in Public Choice*, Cambridge University Press.
- Schofield, N., Parks, R., 2000. *Nash Equilibrium in a Spatial Model of Coalition Bargaining*, *Mathematical Social Sciences* 39: 133-174.
- Schofield, N., Sened, I. (2002), *Local Nash Equilibrium in Multiparty Politics*, *Annals of Operations Research* 109: 193-211.
- Shepsle, K.A., Cohen, R.N. (1990), *Multiparty Competition, Entry, and Entry Deterrence*, in: Enelow/Hinich (1990), 12-45.
- Simon, H. (1991), *Organizations and Markets*, *Journal of Economic Perspectives* 5(2): 25-44.
- Sugden, R. (1984), *Free Association and the Theory of Proportional Representation*, *American Political Science Review* 78 :31 -43.

Tangian, A.S. (2006), German Parliamentary Elections 2005 in the Mirror of Party Manifestos, WSI in der Hans-Böckler Stiftung, Discussion Paper 139E.

Tsebelis, G. (1995) Decision Making in Political Systems: Veto Players in Presidentialism, Parliamentarism, Multicameralism and Multipartyism, *British Journal of Political Science* 25: 289-325.

Tullock, G. (1981), Why So Much Stability, *Public Choice* 37: 189-202.

Wittman, D. (1983), Candidate Motivation: A Synthesis of Alternative Theories, *American Political Science Review* 72: 78-90.

Wittman, D. (1990), Spatial Strategies When Candidates Have Policy Preferences, in: Enelow/Hinich (1990).

Woldendorp, J., Keman, H., Budge, I., Party Government in 20 Democracies, *European Journal of Political Research* 24: 1-119